

Nummer 10/11/12

Oktober/November/Dezember 1984

5 Schilling

### Der Freiheitskampf ist nicht zu Ende

1984 war für uns Sozialisten ein Jahr des Gedenkens an den Februar 1934. Damals erhoben sich die österreichischen Arbeiter zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie.

Der Freiheitskampf ist nicht zu Ende, er wird immer wieder aufs neue geführt. Heute spielt sich dieser Kampf vor allem in den Ländern der Dritten Welt ab, also in den wenig entwickelten Ländern, die häufig erst vor kurzer Zeit das Joch des Kolonialismus abschütteln konnten und oft genug ihre junge Unabhängigkeit mit dem Preis der Errichtung einer Diktatur bezahlen mußten. Der alten Unterdrückung folgte die neue, der alten Abhängigkeit die neue von einem ungerechten, die jungen Staaten benachteiligenden Weltwirtschaftssystem.

Zu dieser Dritten Welt gehören auch die Länder Lateinamerikas. Dabei konzentriert sich das Interesse der Weltöffentlichkeit vorrangig auf zwei Länder: Chile und Nicaragua. In Chile putschte 1973 das Militär gegen die rechtmäßig gewählte Regierung Allende, seither herrscht in diesem Land die Diktatur des Generals Pinochet. Doch der Widerstand des Volkes wird immer stärker, so daß Hoffnung aufkeimt, es könnte doch in absehbarer Zeit gelingen, die Diktatur zu überwinden. Das ist dem Volk von Nicaragua 1979 gelungen, als es in einer Revolution nach langem blutigem Kampf die Diktatur Somozas hinwegfegte. Heute sind diese Revolution und ihre Erfolge gefährdet durch den bewaffneten Kampf von Konterrevolutionären, die von den USA unterstützt werden, vor allem aber auch von dem direkten und indirekten Druck, den die USA auf dieses kleine zentralamerikanische Land ausüben und der zu ernster Sorge Anlaß gibt.

Damals, im Februar 1934, waren es die österreichischen Arbeiter, denen in ihrem Freiheitskampf internationale Solidarität zuteil wurde. Heute sind wir an der Reihe, diese Solidarität zu üben, Solidarität mit jenen, die um Freiheit kämpfen und um das Recht auf Selbstbestimmung.

Lateinamerika braucht unsere Solidarität

### Chile - Repression und Widerstand

Als die Kirche Chiles im August zu einem Gedenktag für jene rund 100 Menschen aufrief, die von Polizei und Heer im Laufe des letzten Jahres bei friedlichen Demonstrationen ermordet wurden, und als die Menschen sich mit Kerzen und Rosen in den Kirchen versammelten, war die Antwort der Faschisten dieselbe wie immer: Repression. Die Protesttage anfangs September forderten ein Dutzend Todesopfer, darunter ein französischer Priester. Für Ende Oktober war ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen, und wieder wurde brutale Gewalt gegen jene angewendet, die ums Überleben kämpfen.

Wieder gab es Tote und Verletzte.

Die "Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile" mit Sitz in Bonn berichtet, daß zwischen März und August 1984 40 Menschen von den Sicherheitskräften ermordet wurden. Die Geheimpolizei stellt diese Morde stets als bewaffnete Konflikte hin, es konnte aber immer wieder nachgewiesen werden, daß die Betroffenen bereits vorher verhaftet worden waren. Am 16. Mai wurde zum Beispiel Maria Loreto Castillo ermordet, der Geheimdienst CNI gab bekannt, sie sei bei einem Bombenanschlag getötet worden. Ihr Mann kann aber nachweisen, daß es der Geheimdienst selbst war, der die Bombe, die seine Frau tötete, zündete. Er selbst ist dem Anschlag nur knapp entgangen.

### Arbeitslosigkeit und Inflation

Die Wirtschaftspolitik Pinochets führte zu einer Arbeitslosigkeit von mehr als 30 Prozent. Dieses Drittel der Bevölkerung, das nur von ganz schlecht bezahlten Notstandsprogrammen, von Gelegenheitsarbeiten oder kirchlicher Unterstützung leben

### Jankowitsch: Gebt Exilchilenen Recht auf die Heimat zurück!

Dem internationalen Treffen des chilenischen Exils, auf dem das Recht aller Chilenen auf Leben in ihrer Heimat bekräftigt werden soll, überbrachte der Internationale Sekretär der SPÖ, Abgeordneter Dr. Peter Jankowitsch, die Grüße der österreichischen Sozialisten.

Die österreichische Arbeiterbewegung, erklärte Jankowitsch, habe stets ihrer tätigen Verbundenheit mit der chilenischen Demokratie Ausdruck gegeben und werde sich niemals mit der Diktatur abfinden, die nunmehr schon seit mehr als zehn Jahren gegen den Willen einer erdrückenden Mehrheit des chilenischen Volkes den Menschen dieses Landes die elementarsten Rechte vorbehalte.

Zu den unmenschlichen Seiten der chilenischen Diktatur gehöre ihre auch von den Vereinten Nationen immer wieder verurteilte Praxis, Hunderttausenden Menschen dieses Landes das Recht auf Heimat zu entziehen und ihnen die Rückkehr nach Chile zu verwei-

gern.

Diese Politik der chilenischen Diktatur werde von den österreichischen Sozialisten besonders nachdrücklich verurteilt, und sie fordern die sofortige Aufhebung aller Einreiseverbote für Chilenen in ihr eigenes Land. (SK.) kann, leidet bitterste Not. Aber auch jene, die einen Arbeitsplatz haben, müssen ungeheure Inflationsraten hinnehmen: Seit August 1981 sind die Löhne und Gehälter eingefroren, die Grundnahrungsmittel stiegen aber um 86 Prozent an. Chile hat zugleich die größte Pro-Kopf-Auslandsverschuldung der Welt: 22 Milliarden Dollar bei 10 Millionen Einwohnern.

Der Internationale Währungsfonds hat Kredite zur Bezahlung der Zinsen nur unter der Bedingung zugesagt, daß die Lohnkosten nicht erhöht werden. Es gibt in Chile derzeit weder Geld für den Konsum noch für Investitionen.

### Hunger

Die Berichte der Augenzeugen über das Elend sind erschütternd. Mütter geben ihren Kindern Wein, damit sie einschlafen und nicht vor Hunger weinen. Im Süden des Landes, wo die Kohlenminen sind, stehen Menschen im eiskalten Wasser und fischen aus dem Meer Kohlenreste heraus, um sie zu verkaufen. Zehntausende von Straßenverkäufern versuchen in der Hauptstadt Santiago ihre Waren zu verkaufen, um einige Pesos nach Hause zu bringen. Sobald die Polizei erscheint, müssen sie, da sie dafür keine Lizenz haben, die Flucht ergreifen.

Für das Militär ist aber Geld da. Im öffentlichen Haushalt sind für heuer 67 Milliarden Pesos fürs Militär alleine, also ohne Polizei und Geheimdienst, ausgewiesen. Für die Erziehung aber nur 17 und für Gesundheit nur 22 Milliarden Pesos. Der chilenische Staat gibt jährlich für einen Soldaten 11.247 Dollar aus, für einen Schüler aber nur 70 Dollar. Das sind Wertrelationen eines faschistischen Staates. Für öffentliche Bauaufträge gibt es ganze 12 Milliarden Pesos. Mit anderen Worten: die Ressorts Bauten, Erziehung und Gesundheit müssen gemeinsam mit zwei Drittel von dem auskommen, was das Militär alleine hat.

#### Skandale

Staatsgeld aus dem schmalen Budget für öffentliche Bauten ist auch für den extravaganten Luxus des Herrn Pinochet da. Er ließ sich in einem eleganten Vorort Santiagos, in Lo Curro, einen Palast erbauen. Die Wohnfläche des für "die Präsidenten Chiles" erbauten Luxushauses beträgt 6000 Quadratmeter, die geschätzten Kosten 1,25 Milliarden Pesos, das sind 280 Millionen Schilling. Um dieses Geld könnte man in Chile 7000 Wohnungen bauen, dür 30.000 Personen menschenwürdige Unterkünfte schaffen.

Vorläufig aber bezieht Pinochet den Palast nicht, die Wellen der Empörung schlugen so hoch, daß ihm offensichtlich die Lust darauf vergällt wurde.

Doch damit nicht genug. Pinochet erwarb in "El Melocotón", in der Gemeinde San Jóse de Maipo, in der Nähe Santiagos, sechs Grundstücke. Eine dieser Liegenschaften ließ er zuerst vom Staat um 230 Pesos pro Quadratmeter ankaufen, er bezahlte dann dem Staat dafür 20 Pesos. In einem anderen Fall bezahlte der Staat 621 Pesos, er selbst nur 74. Insgesamt entstand damit dem Fiskus ein Schaden von 3 Millionen Pesos (umgerechnet etwa 700.000 Schilling). Auf einem der Grundstücke befindet sich eine Prachtvilla, und Pinochet plant weitere bauliche Aktivitäten, wie Schwimmbäder, Turnhallen, Parks usw.

Pinochet zeigt sich von allem ungerührt. Er spricht von sich in den höchsten Tönen des Lobes, er vereinige in sich die besten Eigenschaften der römischen Kaiser und Feldherren. Am elften Jahrestag des Putsches meinte er, das Militär könne wieder so reagieren, wie schon vor elf Jahren, wenn es erforderlich sei, das "Vordringen des Marxismus aufzuhalten". Was nach Pinochet schon alles marxistisch ist, mag man daran erkennen, daß er das Vikariat für Solidarität der Kirche als "kommunistischer als die Kommunisten" bezeichnete. Pinochet gibt also deutlich zu verstehen, daß er auch bereit wäre, einen neuerlichen Putsch zu inszenieren, um an der Macht zu bleiben.

### **Die Opposition**

Wie sieht es nun wirklich mit seiner Macht aus? Es ist ein Faktum, daß er jede breitere soziale Basis verloren hat, daß hinter ihm nur mehr die Hochfinanz und das Großkapital stehen. Im Militär selbst gibt es nur undeutliche Anzeichen von Konflikten, die zu einer Machtablöse von Pinochet führen könnten. Immerhin erklärte im September der Luftwaffenchef Matthei, daß er sich einen rascheren Übergang zur Demokratie, als dies derzeit die Verfassung vorsieht, vorstellen können. Er widerspricht eindeutig Pinochet, der immer wieder beteuert, bis 1989 im Amt bleiben zu wollen. Ist das ein Anzeichen von internen Konflikten, oder ist das ein Versuch, Reaktionen innerhalb der Opposition auszuloten und sie eventuell zu spalten?

Die nun seit mehr als einem Jahr immer wieder organisierten Protesttage haben die Opposition eindeutig gestärkt und erreichen eine deutliche Verbreitung der Mobilisierung. Die Einheit der Opposition ist noch immer nicht genügend stark, macht aber Fortschritte. Die wichtigsten Bündnisse sind

neute:

 Movimiento Democrático Popular (MDP) — die "Demokratische Volksbewegung", in der die Almeyda-Sozialisten, die Kommunisten und die MIR zusammenarbeiten.

### Die Beziehungen zu Chile abbrechen

Bei einer Gedenkkundgebung für den vor elf Jahren ermordeten, freigewählten Präsidenten Chiles, Salvador Allende, erklärte der Vorsitzende-Stellvertreter des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Professor Josef Hindels, in Wien, Allende sei nicht nur nicht vergessen, sondern in Chile und in der Welt zum Symbol des Kampfes gegen die Diktatur Pinochets geworden. Im Kampf gegen diese Diktatur gebe es dramatische Formen, wie sie noch vor kurzer Zeit für unmöglich gehalten wurden. Wir gedenken daher auch der mehr als hundert Toten, die in letzter Zeit von den Schergen des faschistischen Regimes ermordet wurden. Der tragische Tod eines katholischen Priesters aus Frankreich erinnert daran, daß der chilenische Freiheitskampf eine Sache aller Antifaschisten ist, auch der gläubigen Christen. Hindels erhob dann die konkrete Forderung, das demokratische Österreich, das im Kampf gegen den Faschismus entstanden ist, sollte unverzüglich die wirtschaftlichen, ebenso wie die kulturellen Beziehungen mit der faschistischen Diktatur in Chile abbrechen. (SK.)



Repression in Chile: Polizei knüppelt Demonstranten nieder

Allianza Democratica (AD) — die "Demokratische Allianz", in der Christdemokraten, Radikale (Mitgliedspartei in der Sozialistischen Internationale), Republikaner und Teile der Sozialistischen Partei organisiert sind.

Bloque Socialista — der "Sozialistische Block", in dem die beiden MAPU-Parteien (alte Abspaltungen von den Christdemokraten nach links), die Linkschristen und Teile der Sozialistischen

Partei vereint sind.

Diese drei Oppositionsbündnisse haben zwar unterschiedliche Vorstellungen davon, wie Chile nach dem Sturz von Pinochet aussehen soll, sie sind sich aber in der Ablehnung der Diktatur einig und organisieren durch ihre Koordinierungsstelle, dem "Nationalen Kommando des Protestes", die großen Protestaktionen. Gravierender als die unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen sind die differierenden Strategien, die die Parteien vorschlagen, um mit Pinochet fertig zu werden. Sie reichen von einer zumindest noch im Vorjahr vorhandenen Bereitschaft zum Dialog (Christdemokraten) bis hin zum Guerillakrieg (MIR). Vermutlich ist die Macht Pinochets erst dann ernstlich gefährdet, wenn sich die Opposition auch über den einzuschlagenden Weg einig ist, nicht nur über das Ziel.

Ein entscheidendes Element der Opposition sind die Gewerkschaften. Sie haben aber große struktu-

relle Schwächen.

 Gewerkschaften sind in Chile auf Betriebsebene organisiert und daher sehr wenig durchschlagskräftig. Zusammenschlüsse von Gewerkschaften bewegen sich im halblegalen oder illegalen Bereich und müssen ständig mit Repression rechnen.

 Nur etwa 10 Prozent der Berufstätigen sind gewerkschaftlich organisiert, eine Folge der gewerkschaftsfeindlichen Politik der Regierung.

3. Bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als 30 Prozent sind Forderungen schwer durchzusetzen.

Unter diesen Bedingungen muß man auch den Plan eines Generalstreiks sehen. Er kann nur dann gelingen, wenn über die Gewerkschaften hinaus die Mobilisierung der Bevölkerung so umfassend wird, daß nicht Teile der Arbeiterschaft im Ernstfall den

Fortsetzung auf Seite 4

# Nicaragua fünf Jahre nach der Revolution: Ein zukunftsweisendes Modell

Erwartungsgemäß hat die seit der erfolgreichen Revolution gegen die Somoza-Diktatur im Juli 1979 regierende Sandinistische Befreiungsfront die Wahlen in Nicaragua am 4. November gewonnen, die ersten freien Wahlen, die in diesem Land stattgefunden haben. Die Wahl eines Präsidenten, eines Vizepräsidenten und einer verfassunggebenden Nationalversammlung sind aber keineswegs der Endpunkt einer Entwicklung, im Gegenteil, diese Wahl hat erst die Grundlage geschaffen für die Gestaltung der weiteren Zukunft dieses leidgeprüften zentralamerikanischen Staates. Und diese Zukunft liegt nicht nur in den Händen der Bevölkerung Nicaraguas, sie wird auch sehr maßgebend in Washington, der Hauptstadt der USA, mitgestaltet. Dort wird Ronald Reagan auch die nächsten vier Jahre als Präsident jener Weltmacht regieren, die Zentralamerika als ihren "Hinterhof" betrachtet, weshalb die Regierung Reagans auch die Unterstürzung der Konterrevolutionäre für gerechtfertigt hält. Die siegreichen Sandinisten führen den "nationalen Dialog" mit den gesellschaftlichen Kräften des Landes, einschließlich der katholischen Kirche und des Unternehmerverbandes, weiter und unterstreichen damit, daß sie es mit der Aufrechterhaltung des polititischen Pluralismus in Nicaragua ernst meinen. Politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit und eine vom Volk legitimierte Regierung, die das Wohl der arbeitenden Menschen im

Auge hat — ein zukunftsweisendes Modell für die Dritte Welt, das Solidarität und Unterstützung verdient. Die politischen und wirtschaftlichen Probleme Nicaraguas sind schwer genug.

eļe.

Nicaragua, kleines Land in Zentralamerika, 118.358 Quadratkilometer groß (Österreich: 83.354 Quadratkilometer), dazu rund 9200 Quadratkilometer Seenfläche - ein Land der Seen und Vulkane knapp 3 Millionen Einwohner, wichtigstes Ausfuhrgut Kaffee. Ein Land, von Christoph Kolumbus entdeckt, von den Spaniern kolonisiert. Volkserhebungen, Unabhängigkeitskrieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts, später immer stärkerer Einfluß der USA, deren Truppen in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts von General Augusto César Sandino erfolgreich bekämpft werden, bis er selbst 1934 ermordet wird, auf Veranlassung eines Mitglieds der Familie Somoza, die eine der grausamsten Diktaturen Lateinamerikas errichtet. Nicaragua - ein typisches Land der Dritten Welt. Was macht seine Faszination vor allem auf die Jugend der reichen Industrieländer aus? Am 19. Juli 1979 war in Nicaragua eine Revolution erfolgreich, die den Diktator Somoza verjagte, die Todesstrafe abschaffte und eine umfassende Alphabetisierungskampagne einleitete, eine Revolution, die Hoffnungen auslöste, die getra-

Fortsetzung von Seite 3

Organisierten in den Rücken fallen. Auf diese breite, immer breiter werdende Mobilisierung hinzuarbeiten, ist das Ziel der Protesttage und der begrenzten Streikaktionen.

### Solidarität

Bei der Feier zum Gedenken an die Ermordung Allendes im vergangenen Monat September vor dem Gedenkstein in Simmering verlangte Genosse Hindels wieder den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreichs zu Chile (siehe Kasten). Die internationale Isolierung von Pinochet wäre ein wichtiger Beitrag zum Kampf der Opposition. Österreich hat in seinem Verhalten in der UNO immer deutlich zum Ausdruck gebracht, wie es zum Regime des Generals steht. Dem widerspricht aber die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit Chile (1982 gab es bei der Messe in Santiago 57 österreichische Aussteller) und die Vertiefung kultureller Beziehungen. Im Außenpolitischen Bericht 1983 kann man lesen, daß vier österreichische Wanderausstellungen in zehn chilenischen Städten gezeigt und zwei Kammermusikkonzerte durchgeführt wurden. Außerdem wurde ein chilenisch-österreichisches Kulturinstitut gegründet, was vom offiziellen Chile mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen wurde. Es wäre wohl wünschenswert und angebracht, daß sich bei der Gestaltung der Beziehungen zu Chile jene Österreicher mehr einbringen könnten, die mit dem chilenischen Volk und nicht mit dem Regime solidarisch sind.

Diese Solidarität in Österreich gibt es trotz der langen Periode von elf Jahren. Ausdruck dafür ist nicht nur die ständige Arbeit der Chile-Solidaritäts-

front, sondern sind auch Veranstaltungen anderer Träger, meist zusammen mit der Chile-Front. So organisierte die Volkshochschule Hietzing jetzt im Herbst eine Ausstellung mit Werken von 40 chilenischen Künstlerinnen zum Thema Zensur und Exil, die große Beachtung fand. Das Thema Exil stand auch im Zentrum der Beratungen eines Treffens von Exilchilenen aus ganz Europa, das im September in Wien stattfand und durch den ÖGB gesponsert wurde. Zu diesem Treffen konnten Genossinnen und Genossen aus Chile selbst begrüßt werden, die durch solidarische Hilfe aus Österreich die Möglichkeit hatten, hier der Öffentlichkeit die Zustände in Chile vor Augen zu führen. Darüber hinaus nahmen auch so prominente Persönlichkeiten wie Isabel Allende, Tochter des Präsidenten, und Anselmo Sule, stellvertretender Vorsitzender der Radikalen Partei und Vizepräsident der SI, beide leben in Mexiko im Exil, an der Tagung teil (siehe Kasten).

Abschließend möchte ich bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, daß die Genossinnen und Genossen, die dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus angehören, immer wieder eine sehr aktive Rolle in der Solidaritätsbewegung mit Chile gespielt haben, wofür ihnen auch an

dieser Stelle gedankt sei.

Es ist zu hoffen, daß sich österreichische Sozialisten immer mehr bewußt werden, daß uns der Faschismus in fernen Ländern nicht nur deswegen etwas angeht, weil auch wir unter dem Faschismus gelitten haben, sondern auch, weil das kapitalistische System, das heute große Teile der Welt beherrscht und auf die eine oder andere Form ausbeutet, der noch immer fruchtbare Schoß für den Faschismus ist.

Herbert Berger



Placa de la Revolucion Carlos Fonseca: Ein Volk feiert seine Befreiung

gen war von Bauern, Arbeitern, liberalen Bürgern und ganz maßgeblich auch von Christen. Eine Revolution, die bedroht ist, die bekämpft wird mit Methoden, die auf der ganzen Welt Abscheu und Empörung hervorrufen. Eine Revolution, an der sich die Geister scheiden, ein Land, das zum Spielball der Interessen zumindest einer Weltmacht zu werden droht. Gründe genug, einmal hinzufahren. Im folgenden Auszüge aus dem Tagebuch einer Nicaragua-Reise vom vergangenen Sommer.

3/2

### Montag, 16. Juli

Ankunft am Flughafen Augusto C. Sandino von Managua, Fahrt mit dem Bus in die Stadt, die aussieht wie ein riesiges Dorf, das von einem Netz breiter Autostraßen durchzogen wird. In der Ferne der spitze Kegel des Vulkans Momotombo, die Pyramide des berühmten FSLN-Berges und das blütenweiße Hochhaus der "Banco de America", das als eines der wenigen Gebäude das verheerende Erdbeben von 1972 überstanden hat, von dem das gesamte Zentrum der nicaraguanischen Hauptstadt zerstört wurde. Über allem eine brennende Sonne. An der Plaza Espana kaufe ich mir zum erstenmal ein "Coke" im Plastikbeutel mit Eiswürfeln. Man beißt ein Eck des Beutels ab und spritzt sich den Inhalt in den Mund. Ein Relikt aus der Zeit des Guerillakampfes gegen die Diktatur?

An den Straßen immer wieder Transparente, die zur Solidarität mit den Kämpfenden aufrufen, die verkünden, daß Sandino auch nach 50 Jahren noch lebt, die vor den Gefahren des Alkoholismus warnen oder das Stillen der Babies empfehlen. Am Abend in den staubigen Straßen der "barrios", der Stadtteile, Freudenfeuer, Musik, Tanz vor den mehr als bescheidenen Behausungen der Bevölkerung: Man feiert den fünften Jahrestag der Flucht Somozas.

### Donnerstag, 19. Juli

Plaza de la Revolucion Carlos Fonseca: Ein gewaltiger Platz, gefüllt von Hunderttausenden Menschen, begrenzt von dem modernen Bau des Theaters Ruben Dario auf der einen und einer Betontribüne auf der anderen Seite. Fahnen der FSLN, der Frente Sandinista de Liberacion Nacional, mitreißende Musik aus Lautsprechern: die große Feier des fünften Jahrestages der Revolution, groß und dennoch schlicht, voll überschäumender Lebensfreude. Ein vom Managua-See herüberwehendes Lüftchen macht die Hitze etwas erträglicher, der Strohsombrero auf dem Kopf verhindert einen Sonnenbrand.

Mittagessen an der Lagune Jiloa: Die Schildkröteneier, die ich mir bestellt habe, sehen aus wie leicht zerdrückte Ping-Pong-Bälle und schmecken eigentlich nach nichts. Ich beschließe, künftig bei Fischen, Krebsen und Rindfleisch zu bleiben.

### Freitag, 20. Juli

In der Kooperative Los Zarzales, nördlich der Stadt Leon — das Land, das früher weitgehend im Eigentum der Familie Somoza war, wurde von der Revolution aufgeteilt an früher landlose "campesinos" —, entstehen einfache Häuser für 37 Familien, die bisher in elenden Baracken hausen mußten. Der österreichische Entwicklungshelfer Herwig, der hier arbeitet, erzählt, angesichts der Bewaffnung eines Mitglieds der Kooperativenleitung mit einem Gewehr, von den Aktivitäten der "Contras", die unter der Leitung von Offizieren der ehemaligen Nationalgarde Somozas und mit Unterstützung der USA die Revolution bekämpfen. Er selbst sei schon einmal auf einer "Abschußliste" der "Contras" gestanden.

### Samstag, 21. Juli

Corinto, Kleinstadt am Pazifischen Ozean und wichtigster Hafen Nicaraguas. Weltweit bekannt ge-

### Nicaragua braucht nicht Verleumdungen, sondern Hilfe

In ihrer Eigenschaft als Koordinatorin des Hilfskomitees für Nicaragua stellte Staatssekretärin Johanna Dohnal zu den ungeheuren verleumderischen Angriffen des ÖVP-Abgeordneten Dr. Andreas Khol zum nicaraguanischen Wahlprozeß fest, Nicaragua brauche heute in besonderem Maße die internationale Solidarität. Mit derartig falschen Vergleichen wie jenen zwischen den Sandinisten und den Nationalsozialisten solle bloß der Boden für eine US-Intervention in Nicaragua vorbereitet werden.

Mitarbeiter des Hilfskomitees für Nicaragua, die aus unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Richtungen kommen, haben vor kurzem das mittelamerikanische Land besucht und sind zu dem Schluß gekommen, daß die Kriegspolitik der Reagan-Administration gegen Nicaragua eine Verstärkung der Unterstützung für das leidgeprüfte Volk dieses Landes notwendig macht.

Das Hilfskomitee wird daher seine Aktivitäten zugunsten des Österreich-Dorfes Azucenas fortsetzen. (SK.)

worden durch die von US-Kriegsschiffen durchgeführte Beschießung von Öltanks und die Verminung des Hafens vor einem Jahr, im Herbst 1983. Die Besichtigung der Schäden hinterläßt einen nachhaltigen Eindruck: Ruinen, die eisernen Reste der Öltanks wie von Riesenhand verbogen. Es stinkt immer noch nach Öl, der Boden ist schwarz. Im Hafen die von Minen zerstörten Fischerboote.



Allein die Zerstörung der Öltanks verursachte einen Schaden von 7 Millionen Dollar, der Schaden durch das monatelange Nichtanlaufen des Hafens wegen der Verminung war noch bedeutend größer...

### Montag, 23. Juli

Zum Frühstück eine Spezialität des Landes: "Nacatamal", eine Art Sterz aus Mais und Reis mit Fleisch und Paprika, gekocht in Bananenblättern, die hier sowohl als Geschirr wie als Verpackungsmaterial auf den Märkten dienen.

Bei einem Gespräch mit "Christen in der Revolution" in der Schule des Kalasantiner-Ordens in Leon erfahren wir, daß der Staat seit der Revolution den Ordensschulen die Personal- und Stromkosten zahlt, worauf das Schulgeld praktisch abgeschafft werden konnte und die Schule erstmals allen zugänglich gemacht wurde. Die reichen Leute haben daraufhin ihre Kinder aus dieser Schule zurückgezogen mit der Begründung, in ihr werde "Marxis-

mus" unterrichtet. Daran ist kein Wort wahr, versichert Padre Miguel: "Wir haben Religionsunterricht und Liturgie in voller Freiheit!"

### Freitag, 27. Juli

Gespräch mit Companero Melendes von der Nationalleitung der sandinistischen Gewerkschaft CST. Hauptproblem ist der Wiederaufbau der vom Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaft, die Verteidigung des seit der Revolution Erreichten, die Verbesserung der Strukturen. Nicaragua erzeugt beispielsweise Baumwolle, aber keine Zwirne. Die Gewerkschaften arbeiten eng mit der Regierung zusammen, sind in deren Wirtschaftsrat vertreten. Streik? Eine sehr wichtige Errungenschaft der Arbeiterschaft, aber angesichts der Fülle der Probleme wurde beschlossen, jetzt keine Streiks durchzuführen und Konflikte intern auszutragen. Dennoch ist es heuer zu einem Streik wegen der Arbeitsnormen im Zuckeranbau gekommen, die Normen wurden geändert.

### Montag, 30. Juli

Zum letztenmal Scheiben von frischen Ananas und Wassermelonen zum Frühstück, zum letztenmal ein eiskaltes "refresco", ein Saft aus einer exotischen Frucht, noch einmal ein Blick auf die von weißen Wolken gekrönten Vulkane. Im Flughafengebäude von Managua Uhren, die die Zeit in verschiedenen Weltstädten angeben. Noch ein letztes Souvenir um die letzten Cordobas aus dem "duty freeshop". Wir verlassen Nicaragua mit Wehmut und Sorge im Herzen. Aber wir wollen wiederkommen: spätestens zum zehnten Jahrestag der Revolution.

### Solidarität mit Nicaragua

Bei einer Kundgebung für Nicaragua, die in Wien stattfand, sagte im Auftrag des Bundesvorstandes der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Professor Josef Hindels, Nicaragua sei ein Land, das ebenso wie Österreich keinem Militärblock angehört. In diesem blockfreien Nicaragua gebe es die ersten freien Wahlen seit dem Sturz der Diktatur. "Die Sozialistischen Freiheitskämpfer solidarisieren sich mit dem freien Nicaragua. Die Regierung jenes Präsidenten, der den Atomkrieg ausruft, wenn er glaubt, daß die Mikrophone abgeschaltet sind, übt einen mörderischen Druck auf Nicaragua aus", betonte Hindels.

Die Österreicher können Nicaragua konkret helfen. Neben der materiellen Hilfe, der große Bedeutung zukomme, gelte es, den Schleier von Lügen zu zerreißen, der die Aggression gegen Nicaragua verhüllen soll. Die infamste Lüge laute, es gebe in Nicaragua keine Freiheit, die Rechte der Opposition würden eingeschränkt. Wenn die Regierung in Washington das Bedürfnis hätte, für die Freiheit in Nicaragua einzutreten, dann hätte sie das zur Zeit der Diktatur von Somoza tun können, meinte Hindels.

Der Sprecher der Sozialistischen Freiheitskämpfer forderte die Errichtung einer österreichischen Botschaft in Nicaragua und erklärte abschließend, daß die Solidarität mit diesem kleinen Land auch im Interesse Österreichs liege. (SK.)

# Tiroler Gedenkjahr: Mythos und Wirklichkeit

Wer die Feierlichkeiten des Tiroler Gedenkjahres, die bis heute durchgeführt wurden, Revue passieren läßt — heuer jährte sich zum 175. Mal der Aufstand der Tiroler gegen Bayern und Franzosen im Jahre 1809 —, der könnte fast Verdacht schöpfen, die Tiroler strebten einen Beobachterstatus im Weltall an. Die Exklusivität, den die Machtträger südlich und nördlich des Brenners der "Tiroler Nation" geben, deutet allerdings eher auf deren Nabelschaumentalität hin. Denn den Tirolern wird immer noch eingeflößt, sie seien ein von Gott auserwähltes Volk, haben sie doch im Jahre 1796 in arger Bedrängnis vor dem aufklärerischen Feind einen ewigen Bund mit dem allerheiligsten Herzen Jesu geschlossen.

Was in Wien und Rom als älplerische Eigenart kulant übergangen wird, das nehmen die Tiroler allenthalben immer noch ernster als allgemein angenommen: Das Jahr 1984 kam, und das Gedenkjahr zu 1809 wurde und wird gefeiert — als Neuauflage einer Tiroler Reliquienschau, und weil es Tirols Politiker im Vierteljahrhundertrhythmus für angebracht halten, ihre Untertanen daran zu erinnern, wohin der rechte Weg geht.

### Das Duplikat Andreas Hofers

In Nordtirol standen im heurigen Frühjahr die Landtagswahlen vor der Tür. Was lag da näher, als ein Duplikat Andreas Hofers, Tirols Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, als direkten Nachkommen des Tiroler Nationalhelden in den Wahlkampf zu werfen? Da verschmolzen reibungslos öffentliche mit Parteiinteressen, wurde echtes Tirolertum als Erbe der Väter, als Kontinuität von Glaube und Heimat marktgerecht angeboten. Und wenn man den Feind von damals einen volksfremden Eindringling nannte, so war der Bezug zur Politik, die ebenfalls von außen, diesmal aber von Wien kommt, allsogleich hergestellt. Die Identifizierung zwischen historischen Ereignissen, Tagespolitik und konservativem Alleinvertretungsanspruch gipfelt heute in der Präambel zur Tiroler Landesverfassung, in der der Glaube zu Gott im laizistischen Staat Österreich verbindlich gemacht wird.

Doch nicht nur die Konservativen des Landes wetteiferten im Gedenkfeiern, sondern auch Tirols Sozialisten machten den nationalen Rummel fast widerspruchslos mit, um nicht als "vaterlandslose Gesellen" abgestempelt zu werden. Die Rechnung wurde ihnen bei den Landtagswahlen präsentiert, die mit Stimmen- und Mandatseinbußen endeten.

### "Identitätsfindung"

Während in Nordtirol zumindest einige gemeinnützige Einrichtungen zur Erinnerung an die Niederlage von 1809 errichtet wurden, erschöpften sich in Südtirol die Initiativen im wesentlichen in einer sogenannten "Identitätsfindung". Kein Tag im Jahre 1984 ist vergangen, ohne daß diese Tiroler Identität nicht beschworen wurde, ohne daß jemand



aber wußte, was darunter eigentlich zu verstehen sei. So erging man sich vor allem in einer Apologetik "Tiroler Werte" und im Volkstumskampf gegen den welschen Feind. Da die Italiener in Südtirol aber seit der letzten Volkszählung relativ stark abgenommen haben, das Feindbild aber dennoch stimmen muß, spricht man neuerdings von einer "geistigen Unterwanderung" und meint dabei alles, was von links kommt. Wie dies dem Volke nahegebracht wird, kann am besten am Beispiel einer Rede des Südtiroler Landeskommandanten der Schützen nachvollzogen werden, der zugleich Generalsekre-tär der Südtiroler Volkspartei ist. Bruno Hosp zitiert Andreas Hofer höchstpersönlich als Kronzeugen gegen jede "nivellierende Massendemokratie", gegen jede "Gleichmacherei" und gegen die "Mischkultur", mit der die Neue Linke die Südtiroler ein für allemal erledigen wolle. Heute gibt es in Südtirol mehr Schützenkompanien als Gemeinden. Und es sind gerade die Schützen, die als "Bollwerk des Geistes" hochgejubelt werden, und nicht etwa die Schulen, die Lehrer oder die Bibliotheken.

Doch damit man ganz sicher geht, daß Südtirols Jugend auch das rechte Geschichtsbild mitbekommt, beauftragte der Südtiroler Landtag ein Historikerteam, ein Tiroler Geschichtsbuch zusammenzustellen, das in einer Auflage von 30.000 Stück an Südtiroler Oberschüler unentgeltlich verteilt wurde. Der Antrag der Landtagslinken, auch ein alternatives Geschichtswerk zu den Ereignissen von 1809 anzukaufen, wurde demokratisch abgelehnt.

### "Offener Kommers"

Wie sehr rechtsradikale und neofaschistische Gruppen im Sog des Gedenkjahres ihr Gedankengut unwidersprochen propagieren können, das zeigte etwa der "Offene Kommers" der wehrhaften Korporationen, Schützen und akademischen Turner im Innsbrucker Kongreßhaus im Mai dieses Jahres. An jenem Abend konnte das rechtsradikale Lager Österreichs unter dem Ehrenschutz ehrenwerter

Demokraten — Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, der Rektor der Leopold-Franzens-Universität, Josef Rothleitner, und Innsbrucks Bürgermeister Romuald Niescher standen an der Spitze der geladenen Ehrengäste — ein revanschistisches und nationalistisches Fest feiern, das nicht Völkerfrieden, sondern Völkerhaß zu seinem Leitmotiv erkoren hatte

### Erbhuldigung mit Neofaschisten

Ausgehend von den unzähligen Dorfbildungswochen, patriotischen Theateraufführungen, Heldenehrungen und Gedenktafelenthüllungen (man hätte in den Ansprachen wahrscheinlich immer nur Person, Ort und Zeit auswechseln müssen), hätte das Gedenkjahr im großen Landesumzug am 9. September in Innsbruck seinen Höhepunkt erreichen sollen. Osterreichs Bundespolitiker eilten nach Tirol zur Erbhuldigung, die Landeshauptmann Wallnöfer in Paradeuniform entgegennahm. 35.000 Tiroler (davon vielleicht 5 Prozent Tirolerinnen) zogen festen Schrittes an der Hofburg vorbei. Fast hätte man in Abwandlung eines Zitates des letzten Deutschen Kaisers, Wilhelm II., sagen können: Ich kenne keine Tiroler mehr, ich kenne nur noch Schützen. Auch hier hatten sich neofaschistische Gruppen aus den Reihen Norbert Burgers ungestört in den Festumzug schleichen und vielumjubelt ihre Forderung zur Schau stellen können. Aber noch heute wartet man auf eine Distanzierung von diesem antidemokratischen Affront.

Tirol feiert heuer eine Niederlage. Doch übersieht man geflissentlich eine andere, unmittelbar bevorstehende, weit schwerwiegendere Niederlage: Die Zerstörung der äußeren und inneren Natur wird weit gravierendere Auswirkungen nach sich ziehen, als dies 1809 der Fall war. Und es wird keinen neuen Wiener Kongreß geben, der diese Schäden am grünen Tisch beheben wird können, wenn wir weiterhin unsere Landschaft und unsere Herzen zubetonieren.

### Kärnten: Angriff von rechtsaußen

Am 30. November 1983 wurde von der FPÖ Kärnten ein Antrag im Kärntner Landtag eingebracht, der die Abschaffung des derzeitig bestehenden und anerkannten zweisprachigen Volksschulsystems fordert. Dieselbe Forderung wird auch in einem "Volksbegehren" des Kärntner Heimatdienstes erhoben. Die rechtsaußen angesiedelten Organisationen blasen zum Angriff auf die slowenische Volksgruppe. Das Wahl- und Antislowenenbündnis "Kärntner Haider-Heimat-Dienst" scheint einstweilen zu funktionieren.

Die zweisprachigen Volksschulen in Südkärnten (insgesamt 81, wobei an 15 Schulen kein Kind für den zweisprachigen Unterricht angemeldet ist) wurden nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen und sollten unter anderem die Entschlossenheit der Kärntner Parteien (SPÖ, ÖVP und KPÖ) zur Erhaltung der slowenischen Volksgruppe dokumentieren. Dieses Modell der zweisprachigen Schule wurde in den Staatsvertragsverhandlungen, als es darum ging, die geographische Einheit Kärntens zu wahren, zum Musterbeispiel einer praktizierten und gleichberechtigten Volksgruppenpolitik erhoben. Im Jahre 1958 änderte man das Schulgesetz dahingehend, daß eine ausdrücklich schriftliche Anmeldung zum zweisprachigen Unterricht verlangt

wurde. Durch die Einführung dieses "Elternrechtes" verschlechterte sich zwar die Situation der Slowenen, der "Schulkampf" aber war beendet und die Ruhe in der für die Volksgruppe so wichtigen und existentiellen Frage dauerte bis zum Herbst 1983 an.

### FPÖ im Schulterschluß mit dem KHD

Die Überlegungen der FPÖ in der Schulfrage liegen klar auf der Hand. Die Freiheitlichen (der "Regierungspartner" auf Bundesebene) versuchten in engem Schulterschluß mit dem Kärntner Heimatdienst (KHD) Stimmen aus dem nationalen Lager zu ködern, was auch gelang.

Diese Vorgangsweise ist neben politischen, kulturellen und anderen Motiven vor allem moralisch verwerflich, da auf Kosten einer ethnischen Minderheit national-interne Machtkämpfe ausgetragen werden. Zur Schulfrage müssen jedoch noch einige grundsätzliche Überlegungen angestellt werden, da diese im Zuge der politischen Ereignisse immer wieder zu kurz kommen.

### Fortschritt im deutsch-nationalen Sinn?

Warum sollen eigentlich Kinder, die in ihrer Freizeit miteinander Fußball spielen, Schi fahren oder sonst etwas, auf einmal in der Schule getrennt werden? Warum wird versucht, einige deutschsprachige Eltern, die bisher ihre Kinder in der gemeinsamen Schule zum zweisprachigen Unterricht angemeldet haben, als "ferngesteuerte" Slowenen abzustempeln? Man wird doch wohl nicht versuchen, den Kindern beizubringen, daß sie anders als andere sind. Oder will man ihnen schon in frühester Kindheit Feindbilder einreden? Ist es denn wirklich unzumutbar und unerträglich, wenn in Klassen mit einigen zweisprachigen Schülern die Lehrpersonen einen entsprechenden Teil dem Slowenischen widmen, währenddessen einsprachige Schüler eine zusätzliche deutsche Übung erarbeiten?

Eine Neuregelung des Schulsystems nach national-konservativen Vorstellungen würde die Aufteilung der Kinder auf ein- und zweisprachige Schulen — Mittelpunktschulen zur Folge haben. So würden beispielsweise zweisprachige Unterkärntner Kinder in Völkermarkt usw. zusammengefaßt werden. Das hieße, klar ausgesprochen, Schulanfänger bereits zu "Pendlern" (Fahrschüler) zu machen. Ein kultureller Fortschritt im deutsch-nationalen Sinn?

Es ist nun einmal so, daß in einem gemischtsprachigen Gebiet einer auf den anderen Rücksicht nehmen und oft auch vermeintliche kleine Opfer bringen muß, um ein reibungsloses Zusammenleben zu ermöglichen. Gerade die gemeinsame Volksschule soll zu einer friedlichen Koexistenz erziehen.

### Die Wahl vom 30. September 1984

Welche Auswirkungen hat nun das Wahlergebnis auf die politischen Entscheidungsträger?

Auf den ersten Blick scheint das Wahlergebnis der Kärntner Landtagswahl vom 30. September 1984 der kompromißlos minderheitenfeindlichen deutsch-nationalen FPÖ-Linie recht zu geben, da die FPÖ unverhältnismäßig hohe Gewinne verbuchen konnte.

Bei näherer Analyse der Ergebnisse sowie nach ersten Wählerstromanalysen ist jedoch folgendes festzustellen:

• Die Stimmenverluste der SPÖ kommen vor allem den Grünen und Alternativen zugute.

• Die SPÖ schneidet in Gemeinden mit relativ hohem Jungwähleranteil gut ab (interessant, da die Kärntner Jugend das Volksbegehren in hohem Maße ablehnt).

• Die SPÖ gewinnt von der ÖVP zwar rund 11 Prozent (Landeshauptmann-Bonus), der (gefährlichen) Illusion, man könnte durch eine betont nationale bis neutrale Haltung eben diese Wählerschichten ansprechen, wurde jedoch ein Ende gesetzt.



Macht uns den Start ins Leben nicht schwerer! Gebt Deutschkärntner Kindern Deutschkärntner Lehrer!

Kärntner, unterschreibt Ihr nicht, droht uns slowenischer Zwangsunterricht!

Darum unterschreibt das überparteiliche

### **VOLKSBEGEHREN**

24. bis 31. August 1984 - Bei Ihrem Gemeindeamt

Bezahlte Anzeige

Inserat, erschienen in der "Kärntner Tageszeitung" der SPÖ

- Die ÖVP sieht die Hauptursache ihrer Niederlage im falschen Verhalten in der Schulfrage. Eine Trendwende zugunsten der "Heimattreuen" um Nationalratsabgeordneten Peutschmann ist eindeutig ablesbar.
- Die SPÖ wird nicht umhin können, ihre Position zur "Dreiparteieneinigung in Volksgruppenfragen" neu überdenken zu müssen, obwohl man sich natürlich der Gefahr einer extremen Polarisierung in dieser Frage auch bewußt sein muß.

### Versuch einer Bestandsaufnahme

Abschließend sei nochmals der Versuch einer Bestandsaufnahme gewagt:

Der vielzitierte "Kompromiß unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte und Meinungen" heißt nichts anderes als eine Änderung des Schulsystems auf Kosten der slowenischen Volksgruppe; erscheint aus politischer Erfahrung heraus jedoch unvermeidbar.

Basierend auf der Bereitschaft der Jugend und verschiedenster politischer Organisationen muß versucht werden, eine neue Qualität des Zusammenlebens, welche von Toleranz, gegenseitiger Anerkennung und positivem Verständnis getragen wird, anzustreben. Dazu ist eine aufklärende und bewußtseinsbildende Arbeitsstrategie notwendig, deren Anfang mit den bisherigen Aktivitäten gemacht worden ist.

Rechtskonservativen Kreisen, wie der FPÖ und dem KHD, muß man das Tarnmäntelchen ihrer "Heimatverbundenheit" herunterreißen und ihre wahren politischen Beweggründe an die Öffentlichkeit zerren (zumeist wirtschaftlicher, wahltaktischer, machtpolitischer Natur).

Die SPÖ muß ihre neutrale Position aufgeben, da diese keinesfalls einer sozialistischen Ideologie entspricht beziehungsweise längerfristig der SPÖ nur Schaden zufügen wird. Vor allem aber muß der tödlichen Strategie, ideologisch entgegengesetzte Verbände, wie den KHD oder den KAB zu unterwandern, endlich abgeschworen werden. Der Antrag der Sozialistischen Jugend Kärntens "keine Doppelmitgliedschaft in KHD und SPÖ" muß angenommen werden.

### Forderungen der SJ Kärnten

Die Sozialistische Jugend Kärntens fordert:

• Wir treten für die Wahrung des in Österreich geltenden und pädagogisch bewährten Prinzips der gemeinsamen Erziehung (Koeduktion) ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, nationale und soziale Zugehörigkeit ein.

• Wir lehnen Mittelpunktschulen = Ghettoschulen und/oder parallel geführte Schulklassen ab, da diese Isolation statt Integration bedeuten.

Wir streben die Verbesserung des zweisprachigen Unterrichts (zum Beispiel gibt es nur ein approbiertes Schulbuch für den zweisprachigen Unterricht) auf Basis einer gemeinsamen Erziehung an.

 Wir fordern das Verbot von Doppelmitgliedschaft in SPÖ und KHD sowie eine klare, sozialistischen Prinzipien gerecht werdende Haltung der SPÖ.

Und gerade als Sozialisten sollten wir uns stets an das Zitat des Genossen Kreisky erinnern, der da treffend schrieb: "Die Reife einer Gesellschaft beweist sich in der Art der Behandlung ihrer Minderheiten."

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Dr. Herbert Berger, Robert Blau, Herbert Exenberger, Peter Kaiser (Klagenfurt), Günther Pallaver (Innsbruck), Hans Waschek.



Gedenken am Grab von Josef Gerl

## Dollfuß-Regime spielte den Nazis in die Hände

Josef Gerl, ein unsäglich armer, ausgesteuerter Arbeitsloser, habe aus Verbitterung und Enttäuschung ein harmloses, nicht gegen Menschen gerichtetes Attentat verübt, das ihm zudem mißlungen sei, sagte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz am 24. Juli 1984 bei einer Gedenkkundgebung der Sozialistischen Freiheitskämpfer in Wien-Leopoldstadt.

Es liege eine tiefe Symbolik darin, daß der Expo-nent jenes Systems, das Gerls Hinrichtung am 24. Juli 1934 herbeiführte, tags darauf bei einem gar nicht harmlosen Attentat ums Leben kam. Dollfuß sei dem von ihm selbst angestrebtem System, in dem der Gegner leicht zum Todfeind werde, zum Opfer gefallen, erklärte Sinowatz. In dieser Zeit der Opfer und der Brutalität, vorbereitet durch Verunglimpfung der Demokratie, Herabsetzung des Parlamentarismus und einen geradezu missionarischen Kampf gegen die Sozialdemokratie seien Menschen wie Josef Gerl vom System täglich geschändet und gebrandmarkt worden. Diese volksfeindliche Gesinnung hatte sich auch im Todesurteil für Gerl und in der Abweisung des Gnadengesuchs gezeigt. Die außenpolitische Entsprechung dieser Haltung sei die Orientierung an faschistischen und halbfaschistischen Staaten gewesen. Statt einen breiten Konsens zu suchen, habe das Regime den Nationalsozialisten in die Hände gespielt, sagte der SPÖ-Vorsitzende.

### Die Geschichte nicht vergessen

Die Welt stehe heute vor anderen Problemen als vor einem halben Jahrhundert, aber es gebe auch durchaus Parallelen. Sinowatz erwähnte die faschistischen Regimes — vom NATO-Mitglied Türkei bis hin zu den Diktaturen in der Dritten Welt — ebenso wie neofaschistische Aktivitäten in Österreich. Weder gehe es darum, die Vergangenheit heraufzube-schwören und alte Wunden aufzureißen, noch sei es möglich, aus der Geschichte zu lernen, wenn sie ein-

fach vergessen werde.

Bemerkenswert sei die Aufmerksamkeit, die in letzter Zeit dem Thema "1934" in der Öffentlichkeit gewidmet worden sei. Es handle sich nicht um reine Denkmalpflege, wenn junge, engagierte Historiker sich mit verdrängten und bislang verkürzt dargestellten Kapiteln der österreichischen Geschichte befassen, sondern um Vergangenheitsbewältigung, um die Aufarbeitung von Vorurteilen und Mißverständnissen. Noch nie zuvor habe es in Österreich ein so vorbehaltloses Bekenntnis zur Demokratie gegeben, einen so festen Glauben an die Lebensfähigkeit und den Bestand unseres Landes, einen der-

### Josef Gerl – ein Kämpfer für Demokratie und Sozialismus

Gerade in einer Zeit, in der die ÖVP versuche, österreichweit eine Dollfuß-Legende zu verbreiten, sei es die Pflicht aufrechter Sozialisten, auf die Gefahr des Faschismus und all seine Spielarten in Vergangenheit und Gegenwart hinzuweisen, erklärte Genosse Josef Hindels anläßlich einer Kranzniederlegung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus in Wien-Brigittenau in jenem Gemeindebau, in dem Josef Gerl ge-

Josef Gerl, Kind einer Brigittenauer Arbeiterfamilie, wuchs in der Ersten Republik auf in Hunger, Elend und Not, wie Hindels sagte. Außerdem sei Gerl ausgesteuerter Arbeitsloser gewesen. Die damaligen "Sozialleistungen" seien mit den heutigen nicht vergleichbar. "Und trotzdem war Josef Gerl glücklich. Es gab seinem Leben Sinn und Inhalt, mit einer Gemeinschaft wahrer Freunde gemeinsam gegen Ungerechtigkeit und für Demokratie und die große Idee des Sozialismus zu kämpfen", führte Hindels aus.

Zwischen dem Brigittenauer Arzt und sozialistischen Abgeordneten Wilhelm Elllenbogen und Gerl gebe es eine interessante Parallele: Während die Sozialistische Arbeiterjugend - und auch ihr Mitglied Josef Gerl - über das Verhalten der österreichischen Sozialdemokratie nach der Ausschaltung des Parlaments empört und enttäuscht war, warnte Ellenbogen im Parteivorstand im gleichen Sinne vor jeglichem Zurückweichen und forderte den Generalstreik, "wie alle fortschrittlichen Kräfte."

artigen "stillen Patriotismus ohne falschen Zungenschlag", formulierte Sinowatz. Österreich sei politisch und wirtschaftlich trotz aller Widrigkeiten stabil, das Sozialsystem könne sich gerade heute international sehen lassen. Als neutrales Land, das die Menschenrechte respektiere, genieße Österreich hohes Ansehen und stelle eine moralische Autorität

Das heutige Geschichtsbild spreche für die Sozialdemokratie, sagte Sinowatz weiter. Diese Gesinnungsgemeinschaft sei mit Österreich und seiner Geschichte untrennbar verbunden. Frei von Verharmlosung und banaler Heroisierung befasse man sich auch mit Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit. Die Legende von der "geteilten Schuld" würde eine solche Vergangenheitsbewältigung

nicht zulassen, betonte Sionowatz.

Die österreichische Sozialdemokratie sei auch die erste große antifaschistische Widerstandsbewegung gewesen. Möge sie auch zu spät und zuwenig deutlich die Zeichen der Zeit erkannt und darauf reagiert haben, der Widerstand im Februar 1934 sei beispielhaft gewesen und habe politisch auch international einiges bewirkt.

### "Stets neue Ziele finden"

Die Postulate der Sozialdemokratie seien zu den großen politischen Themen der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts geworden, beschrieb der SPÖ-Vorsitzende die Erfolge der Bewegung, die über die Tagespolitik hinausweisen. Er nannte Begriffe, wie Emanzipation, Aufklärung, aber auch Nord-Süd-Dialog und Entspannungspolitik, als Beispiele.



Gedenken in der Brigittenau (am Rednerpult Genossin Erna Musik)

"Eine Gedenktafel wie diese bietet leider wenig Platz. Aber es ist richtig, Josef Gerl als Februarkämpfer zu bezeichnen. Er war Februarkämpfer im Goethe-Hof, und er war Februarkämpfer und Sozialist bis zuletzt, als er vor dem austrofaschistischen Gericht sagte: die Idee steht mir höher als ein Leben. Vor jenem Gericht, das ihn für eine Verzweiflungstat zum Tode verurteilte. Dieses Vermächtnis muß uns stets in Erinnerung bleiben. Und gerade wenn die ÖVP versucht, Dollfuß zu einem Märtyrer der österreichischen Freiheit zu stilisieren, muß es für uns heißen: Niemals vergessen!", schloß Genosse Hindels.

Auch der wirtschaftliche und soziale Aufstieg unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg sei ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht vorstell-

Immer schon sei es ein Kennzeichen dieser Gemeinschaft gewesen, daß sie nach immer neuen, zukunftsweisenden Antworten auf die Probleme der Zeit gesucht habe. Das sei auch weiterhin, "in jeder gesellschaftlichen Phase", ihre Aufgabe: in immerwährender Grundsatztreue Theorie und Praxis zu verbinden und so die politische Realität mitzugestalten. Dieses Vermächtnis gelte es zu bewahren, diese Tradition sei fortzusetzen: "Die Sozialdemokratie muß auch in Zukunft stets neue politische Phantasien entwickeln, stets neue Ziele finden", schloß SPÖ-Vorsitzender Dr. Fred Sinowatz.

### Vierzigster Todestag von Roman Felleis

Am 23. August 1984 jährte sich zum vierzigsten Male der Todestag von Roman Felleis.

Genosse Roman Felleis war Mitglied der Revolutionären Sozialisten und Angeklagter beim großen Sozialistenprozeß. Er kam im Konzentrationslager Buchenwald ums Leben. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer eine Kranzniederlegung im Urnenhain des Krematoriums Wien-Simmering. Die Gedenkrede hielt Genossin Rosa Jochmann.

### Keine Mahntafel an Hitlers Geburtshaus

Das Hitler-Geburtshaus in Braunau am Inn in Oberösterreich wird keine offizielle Mahntafel bekommen. Der endgültige Entscheid des Kreisgerichtes Ried im Innkreis ist am 8. Oktober 1984 den beteiligten Parteien zugestellt worden. Die Eigentümerin des Hauses hat somit gegen die Republik

Österreich gewonnen.

Die Vorgeschichte: Das Haus, in dem Adolf Hitler geboren wurde, war bis 1972 an eine Bank vermietet gewesen. Als der Vertrag auslief, meldeten sich allerlei Interessenten bei der Eigentümerin des Hauses, Gerlinde Pommer. Darunter auch Brauereien und Großkaufhäuser, aber auch Personen aus dem Ausland, die nicht näher angeben wollten, was sie mit dem Gebäude vorhaben. Pommer befürchtete, daß das Bauwerk mit der belastenden Vergangenheit zu kommerziellen Zwecken mißbraucht werden könnte. Sie bot deshalb das Haus der Republik Österreich zur Miete an. Vertragszweck sollte sein, das Haus aus allen Zusammenhängen mit dem Faschismus herauszuhalten. Au-Berdem befürchtete die Frau Anschläge auf das Gebäude, das bereits seit sieben Jahrzehnten im Besitz ihrer Familie steht. Der Vertrag kam zustande. Die Republik nahm die Stadtgemeinde Braunau als Untermieterin für das Haus. Diese vermietete es an die Lebenshilfe Oberösterreich weiter, die darin eine Tagesheimstätte für behinderte Kinder einrichtete.

Im Vorjahr beschloß der Gemeinderat von Braunau nur mit den Stimmen der SPÖ die Anbringung einer Mahntafel an dem Bauwerk mit der Inschrift "Nie wieder Faschismus - Millionen Tote mahnen für Frieden, Freiheit und Demokratie". Da sich die Gemeinde als Untermieterin dazu berechtigt glaubte, hatte sie im Oktober des Vorjahres bereits ein Loch in die Front des Hauses meißeln lassen. Die Anbringung der Tafel wurde aber durch eine einstweilige Verfügung des Bezirksgerichtes in Braunau gestoppt. Vermittlungsversuche des Gerichtes scheiterten, Die Finanzprokuratur als Vertreterin der Republik ging in die Berufung.

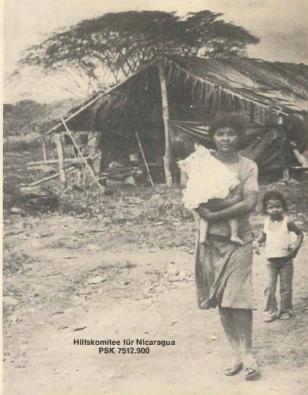
Nun hat das Kreisgericht Ried im Innkreis dem Streit ein Ende gesetzt und das Urteil des Bezirksgerichtes im Hinblick auf den seinerzeitigen Mietvertrag bestätigt. Der Instanzenweg ist damit aus-

geschöpft.



In Lackenbach wurde am 6. Oktober 1984 ein Denkmal enthüllt, das an das von den Nazis 1941 errichtete Zigeunerlager erinnert. Von hier aus wurden Tausende Zigeuner in die KZ abtransportiert, wo sie einen gewaltsamen Tod fanden.

### EIN DORF FÜR NICARAGUA



Bauen Sie mit am Österreich-Dorf Azucenas, eine Stunde flußabwärts von San Carlos. Hunderte Familien schaffen sich dort Arbeitsplätze. Dazu brauchen sie Werkstätten, Gesundheitseinrichtungen, Wohnungen, Kindergärten, Schulen. Dazu brauchen wir 5 Millionen Schilling.

Unterstützen Sie das Österreich-Dorf mit einer Geldspende!

Unsere Kontonummern:

Hilfskomitee für Nicaragua, Kennwort "Österreich-Dorf in Nicaragua" P.S.K. 7512.900 Caritas, Kennwort "Nicaragua" P.S.K. 7700.004 Volkshilfe, Kennwort

"Nicaragua"

P.S.K. 1779.000

Annemarie AUFREITER Karl BLECHA Helmut BRAUN Dт. Herwig BÜCHELE Johanna DOHNAL Dr. Heinz FISCHER Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Ing. Fritz HOFMANN Rosa JOCHMANN Käthe KRATZ

Dr. Bruno KREISKY Erwin LANC Gisela MOSER Dr. Anton PELINKA Dipl.-Ing. Josef RESCHEN Alfred STINGL Alfred STROER Peter TURRINI Dт. Leopold UNGAR Dr. Erika WEINZIERL

Bausteinkleber à S 20.-, auch in Kommission Flugblätter (kostenlos), Plakate (kostenlos) beim

Hilfskomitee für Nicaragua, Stadiongasse 6-8, 1016 Wien, Tel. 48 26 01/24

### Elisabeth Zerner zum Gedenken

Es ist für mich besonders schwer, in dieser Trauergemeinde von Lisl Zerner Abschied zu nehmen. Eine langjährige Freundschaft verbindet meine Frau und mich mit Lisl, eine Freundschaft, die in die anfänglichen zwanziger Jahre zurückreicht. Es war die sozialistische Jugendbewegung, die uns zusammengeführt hat. Lisl war wie wir alle von der sozialistischen Idee ergriffen, von der Begeisterung, die von uns allen für den Kampf um eine bessere und gerechtere Welt getragen wurde. So ist Lisl schon in ganz jungen Jahren führend in der SAJ tätig gewesen und war in der Wiener Kreisleitung aktiv. Sie arbeitete im Jugendsekretariat und wurde auf Grund ihrer besonderen beruflichen Fähigkeiten in der "Arbeiter-Zeitung" angestellt. Gewerkschaftlich war sie im Zentralverein der kaufmännischen Angestellten tätig

Es war selbstverständlich für Lisl, daß sie zu den ersten gehörte, die bei den Revolutionären Sozialisten aktiv wurden. Wieder wurden ihre außerordentlichen Fähigkeiten anerkannt, indem sie im illegalen Büro tätig wurde, das in der Rechtsanwaltskanzlei des Dr. Paul Schick eingerichtet wurde. Diese Tätigkeit führte zu ihrer Verhaftung und späteren Anklage wegen Hochverrat. Sie war eine der Angeklagten im großen Sozialistenprozeß, in dem unter anderen Kreisky, Jonas und Sailer mit auf der Anklagebank saßen. Sie hat sich im Prozeß auf besonders tapfere Art zu unseren Idealen bekannt und sich als stolze Sozialistin bezeichnet. Nach vierzehnmonatiger Haft ging sie wieder frei, um dann neuerlich aktiv zu werden. Bis zum Einmarsch der deutschen Armee war sie mehrmals in Haft.



In der englischen Emigration war sie für die sozialistischen Emigranten mit großem Erfolg tätig. Von England emigrierte sie nach Amerika, auch dort war sie gewerkschaftlich tätig und wurde von ihrer Berufsgewerkschaft ausgezeichnet und kümmerte sich zuletzt um die Pensionisten ihrer Gewerkschaft. Auch in Amerika war sie der österreichischen Partei verbunden, war in der Leitung der Friends of Austrian Labor tätig. Dort galt es zuerst durch Hilfsaktionen den Genossen in Österreich Hilfe zu leisten und durch ständige Zusammenkünfte der in Amerika lebenden österreichischen Sozialisten die Verbundenheit mit der österreichischen Partei zu pflegen. Durch ihren Mann Karl O. Paetel hatte sie auch Verbindung zu deutschen Gruppen. Ihre große Menschlichkeit kam dadurch zum Ausdruck, wie sie durch Jahre ihren schwerkranken Mann betreute. Immer wieder kam sie nach Wien, um hier Trude und Alfred Magaziner und viele alte Freunde zu besuchen.

Die Alt-SAJ, der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und die Friends of Austrian Labor nehmen Abschied von Lisl Zerner. Wir alle sollen das Andenken an eine aufrechte Sozialistin ständig bewahren.

(Nachruf, gehalten von Alfred Weissmann am 5. September 1984 im Krematorium der Stadt Wien bei der Trauerfeier für Lisl Zerner.)

### Rudolfine Muhr gestorben

Die stellvertretende Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, unsere Genossin Rudolfine Muhr, ist am 27. Oktober 1984 im 85. Lebensjahr nach langem schweren Leiden gestorben. Bis zuletzt war sie unermüdlich und aufopfernd im Bundessekretariat unseres Bundes tätig.

Rudolfine Muhr wurde am 5. September 1900 in Wien geboren. Mit 14 Jahren begann sie ihr Berufsleben als Metallarbeiterin. Sie wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Betriebsrätin. Als solche war sie maßgeblich an einer Reihe von Streiks beteiligt, mit denen die Arbeiterschaft gegen die Fortsetzung des Krieges protestierte. In der Zeit des Austrofaschismus arbeitete sie in dem Metallbetrieb, in dem sie beschäftigt war, Nachtschicht, um am Tag illegale Arbeit für die Revolutionären Sozialisten zu leisten. Wiederholt wurde sie sowohl zwischen 1934 und 1938 als auch im August 1939 aus politischen Gründen inhaftiert. Nach 1945 wirkte Rudolfine Muhr am Wiederaufbau der sozialistischen Frauenorganisation mit, von 1945 bis 1949 war sie Mitglied des Wiener Gemeinderates. Politisch in Wien-Hietzing verankert, wo sie lange Jahre stellvertretende Vorsitzende der SPÖ-Bezirksorganisation war, wurde sie vom Wiener Landtag im Jahre 1949 in den Bundesrat entsandt, dem sie bis 1969 angehörte. Sie war Frauenzentralsekretärin der SPÖ von 1959 bis 1963 und darüber hinaus Mitglied des Bundesfrauenkomitees bis 1968. Bis zuletzt war sie stellvertretende Vorsitzende der sozialistischen Freiheitskämpfer.

Unermüdlich setzte sich Genossin Muhr seit Jahren für die Belange der Opfer des Faschismus ein, ihr wachsamer Antifaschismus basierte auf einer tiefverwurzelten demokratischen und sozialistischen Gesinnung. Seit ihrer Jugend mit der sozialdemokratischen Bewegung verbunden, gehörte Rudolfine Muhr, von ihren vielen Freunde nur liebevoll "Finerl" genannt, zu jenen Vertrauenspersonen der SPÖ, die seit jeher die Stützen unserer Partei sind. Ihre politische Arbeit war ebenso wie ihr Privatleben von selbstloser und aufopferungsvoller Hilfsbereitschaft geprägt, von einer Einsatzbereitschaft, die nie nach dem eigenen Vorteil fragt, sondern die von Grundsätzen getragen ist.

Zum Gedenken einige Zitate aus der Rede von Genossin Rudolfine Muhr vor der diesjährigen Bundeshauptversammlung: "Wir haben den Kampf um die Freiheit nicht aufgegeben. Heute kommt zu dem Kampf gegen die Neonazis und gegen den Antisemitismus noch der Kampf gegen die Aufrüstung und für den Frieden hinzu. Wir nehmen an allen Friedensdemonstrationen teil. Die Jugend müssen wir dafür gewinnen, daß sie immer mehr und mehr gegen die Kriegsgefahr und gegen den Faschismus aufsteht."

"Weil von unseren Visionen und Träumen von einst so viel übriggeblieben ist, übergeben wir das, was bis heute erreicht wurde, der Jugend als Erbe. Wir wünschen ihr aus vollem Herzen, daß ihre Visionen und Träume Wirklichkeit werden können. Leicht ist der Weg der Jugend nicht, vielleicht sogar noch schwieriger als unser Kampf. Aber wenn sie durchhält und ihren Ideen treu bleibt, wird die Stunde kommen, in der die Menschen wirklich frei sind und der Frieden in der Welt einzieht."

(Wir werden das Leben und Wirken unserer unvergeßlichen Finerl Muhr in der nächsten Ausgabe des "Kämpfers" noch ausführlich würdigen. Die Redaktion.)

## **Opferfürsorge**

### Was bei Inanspruchnahme von Leistungen der Heilfürsorge zu beachten ist

Für alle Inhaber einer Amtsbescheinigung, die Leistungen der Heilfürsorge in Anspruch nehmen, ist zu beachten, daß sie unbedingt zuerst darum bei ihrer zuständigen Krankenkasse ansuchen müssen. Wenn diese sie abweist oder ein Parteienbeitrag zu zahlen ist, dann muß man mit der Beilage aller Unterlagen, wie die Entscheidung der Krankenkasse, den Einkommensnachweisen (bei Ehepaaren auch des Partners oder Lebensgefährten) im Wege der Bezirkshauptmannschaften beziehungsweise Ämter der Landesregierungen an das Bundesministerium für soziale Verwaltung das Ansuchen um Heilfürsorge richten. Dies gilt für Kuraufenthalte, Heilbehelfe und Zahnersatz usw.

Nun hat es sich herausgestellt, daß es für solche Leistungen neben der Krankenkasse auch andere Bezugsmöglichkeiten, wie die Unterstützungsfonds der Pensionsversicherungsanstalten und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt gibt, und das Sozialministerium wird sich bemühen, daß es in jedem Bundesland eine zentrale Stelle geben wird, daß nicht wie derzeit der Ansuchende selbst alle möglichen Stellen aufsuchen oder anschreiben muß, sondern diese Stelle auf Grund des eingebrachten Ansuchens alle möglichen Verbindungen zum Erlangen eines Beitrages selbst herstellen wird. Damit wird auch die Möglichkeit eines Doppelbezuges von Hilfen nicht mehr möglich sein.

Es ist zu hoffen, daß dieses Vorhaben des Sozialministeriums gelingen wird und damit das Erlangen von Leistungen für die Geschädigten wesentlich erleichtert sein wird. Für diese Initiative sind wir vor allem Herrn Sektionschef Dr. Ernst zu Dank verpflichtet.

Alle Bezieher von Opferrenten, die in ihren Bescheiden das Gesamtausmaß ihrer Gesundheitsschäden in Prozenten angeführt haben, das ist bei Bescheiden, die ungefähr ab dem Jahre 1965 erlassen worden sind, können beim Finanzamt nicht nur die causale Minderung der Erwerbsfähigkeit, sondern das Gesamtausmaß, also einschließlich der acausalen Minderung der Erwerbsfähigkeit, geltend machen.

Alle jene, die über einen solchen Bescheid nicht verfügen, weil ihre Einstufung schon früher erfolgt ist, können mit einem begründeten Verschlimmerungsantrag einen neuen Bescheid erwirken, der, wie oben angeführt, die causale und acausale Minderung der Erwerbsfähigkeit aufweisen wird. Alle, die schon zehn Jahre oder länger die Opferrente beziehen, behalten in jedem Fall die derzeitige Rente, weil laut KOVG diese nicht gekürzt werden darf.

Für einen Verschlimmerungsantrag sollte ein Attest des behandelnden Arztes (mit welchen Leider er seinen Patienten behandelt) und möglichst vollständig und chronologisch alles angeführt werden, was seit der letzten Einstufung an Spitalsaufenthalten, Untersuchungen, Behandlungen, Kuraufenthalten usw. stattgefunden haben. Alle Unterlagen nur in Kopien und nicht mit Originalen anschließen.

Die Verschlimmerungsanträge sind an die Ämter der Landesregierungen zu richten.

### Weniger Rentenempfänger, aber höherer Aufwand

Wir hören immer die Meinung, daß auf Grund des Rückganges der Anzahl der Opfer und Hinterbliebenen, die Renten nach dem Opferfürsorgegesetz beziehen, der Aufwand für diese Leistungen zurückgegangen ist. Die Wahrheit ist:

Während die Anzahl der Rentenempfänger in der Zeit von 1970 bis 1982 von 7463 auf 4675 abgenommen hat, ist der Gesamtaufwand für Renten nach dem OFG von 119,644.000.— auf 256,213.000.— Schilling gestiegen. Das beweist, daß in diesem Zeitraum dank der Rentenanpassungen und Leistungsverbesserungen für die Rentenbezieher eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge erreicht werden konnte.

So wurden für die Opfer im Jahre 1982 150,290

Millionen S, für die Witwen 80,047 Millionen S, für Waisen 5,323 Millionen S, für Eltern 1,559 Millionen S, für Familienfonds-Sterbegeld und Rentenabfertigungen 3,024 Millionen S, für die Heilfürsorge 15,091 Millionen S und für Entschädigungen 0,596 Millionen S ausgegeben.

Natürlich sind in diesen Zahlen die Ausgaben des Ausgleichstaxfonds nicht berücksichtigt, weil dieser bekanntlich ganz separat verwaltet wird.

Nicht uninteressant ist, daß zirka 60 Prozent der Rentenbezieher in Wien leben beziehungsweise ein kleiner Teil davon die Renten über das Amt der Wiener Landesregierung beziehen, aber den Wohnsitz in einer Reihe von anderen Ländern, zumeist in Israel oder in den USA, haben.

# Erleichterung für die Bezieher der Wertmarken für die Schwerstbeschädigtenausweise

Das Landesinvalidenamt teilt uns mit, daß jene Opfer, die eine Opferrente von 70 Prozent oder mehr beziehen und die für ihren Schwerstbeschädigtenausweis (Freifahrt auf allen Linien der Wiener Verkehrsbetriebe und 50 Prozent Ermäßigung bei den Österreichischen Bundesbahnen) bereits im Jahre 1984 eine Wertmarke erhalten haben, im Dezember die Wertmarke zugesandt bekommen. Nur jene, die für 1985 erstmals eine Wertmarke beziehen wollen, müssen beim zuständigen Landesinvalidenamt einen Antrag einbringen,

wofür es bei diesen ein Formblatt gibt. In dem folgenden Jahr erhalten auch sie die Wertmarke zugesandt.

Damit der Brief nicht irrtümlich für eine Reklamesendung angesehen und eventuell weggeworfen wird, wird auf dem Kuvert auf die Wichtigkeit der Sendung hingewiesen! Einen Ersatz für irrtümlich weggeworfene Wertmarken gibt es leider nicht unentgeltlich!

Diese dankenswerte Neueinführung erspart den Schwerstbeschädigten Wege und Wartezeiten und ist ein echter Kundendienst!

### Aus den Landesorganisationen

### Niederösterreich

Otto Redl — 70 Jahre. Es ist dem Bezirksgruppenob-mann von Gmünd-Schrems sein Alter überhaupt nicht anzumerken. Aber es stimmt: Er ist im September dieses

Jahres 70 Jahre alt geworden.

Genosse Redl stammt aus einer Arbeiterfamilie in Schrems-Kollersdorf. Seine Eltern hatten zwölf Kinder. Im Jahre 1928 trat er als Arbeiter in die Glasfabrik Schrems-Eugenia ein und war dort nur kurz, bis zur Schließung des Betriebes im Jahre 1930, beschäftigt. Es folgten Jahre der Arbeitslosigkeit, die von Aushilfsarbeiten unterbrochen waren.

Bereits 1926 schloß sich Genosse Redl den Kinderfreunden und später den Roten Falken und der Sozialistischen Arbeiterjugend an. Als junger SAJ-Funktionär nahm er an den Februar-Ereignissen in Schrems teil und lernte in der Folge die Gefängnisse des austrofaschistischen Staates in Schrems und Krems kennen. Seine In-

haftierung dauerte 13 Wochen.

In den späteren dreißiger Jahren war er in der Glasfabrik von Ält-Nagelberg tätig. Nach fünfeinhalb Jahren aufgezwungenem Militärdienst kehrte er aus dem Krieg zurück und half sofort beim Wiederaufbau, erst in der Steinindustrie und dann als Gemeindebediensteter bis zur Pensionierung im Jahre 1974.

Genosse Redl bekleidete viele Funktionen in der Sozialistischen Partei und ihren Nebenorganisationen. Hiefür wurde er auch mit der Victor-Adler-Plakette ausge-

zeichnet.

Berta Engel †. Am 22. Mai 1984 wurde am Friedhof in Schrems unsere Genossin Berta Engel zu Grabe getragen. Mit Genossin Engel, die im 94. Lebensjahr stand, verliert die SPÖ-Bezirksorganisation Gmünd eine bis ins hohe Alter engagierte Mitarbeiterin. Für ihre Treue und Verläßlichkeit wurde sie neben anderen Parteiauszeichnungen auch mit der Victor-Adler-Plakette bedankt. Den Sozialistischen Freiheitskämpfern gehörte diese Pionierin eben-

An ihrem Grabe verabschiedete sich der Arbeitergesangsverein von "unserer Berta" mit den Chören "Über den Sternen" und "Feierabend".

Bezirksobmann Landtagsabgeordneter Alfred Haufek würdigte die Verdienste der Verstorbenen, und Bezirksgruppenobmann Otto Redl legte namens der Sozialistischen Freiheitskämpfer einen Strauß roter Nelken am

Diese vorbildliche Sozialistin werden wir nie verges-

Josef Rohata ein Fünfundsiebziger. Am 9. April feierte unser Landesverbandsobmannstellvertreter Josef Rohata seinen 75. Geburtstag. Seine Freunde nahmen dies zum Anlaß, um ihn zu ehren. Außer dem fast vollzählig erschienenen Landesverbandsvorstand kamen auch Vertreter der Gemeinde und der Partei sowie des Bundes und der Bezirksgruppe der Sozialistischen Freiheitskämpfer, um dem Jubilar zu gratulieren. Er hat es sich verdient.

Josef Rohata war schon in seiner frühesten Jugend ein bildungsbeflissener Sozialist und Funktionär. Auch der Faschismus konnte ihn nicht beugen. Trotz vieler Schikanen wich er von seinem Weg im Kampf für die Arbeiterbewegung nicht ab. 1935 wurde er wegen Zeitungsvertriebes

verfolgt und angeklagt.

Nach dem Kriege wirkte er 29 Jahre lang als Bezirkssekretär der SPÖ in Mödling. Die Partei entsandte ihn von 1958 bis 1969 als Abgeordneten in das niederösterreichische Landhaus. Seine Freunde wünschen ihm noch viele Jahre Kraft und Gesundheit.

Heinrich Miksch †. Die Bezirksorganisation Wiener Neustadt unseres Bundes hat einen schweren Verlust zu beklagen. Ein treuer, aufrechter und unermüdlicher Kämpfer für Sozialismus und Freiheit, unser lieber Genosse Heinrich Miksch, ist im Alter von 71 Jahren von uns gegangen. Ein spät erkanntes Leiden aus der Zeit seiner politischen Verfolgung und späteren Kriegsgefangenschaft war für sein Ableben entscheidend.

Heinrich Miksch - sein Vater war ein hervorragender Arbeitervertreter als Abgeordneter zum Nationalrat -

kam frühzeitig über Kinderfreunde, SAJ, Gewerkschaft, Arbeiterkultur- und Sportorganisationen zur Sozialdemokratischen Partei und zum Republikanischen Schutzbund. Und es war die Arbeiterbewegung, die sein Leben formte, gestaltete und prägte. Als weithin bekannter, in Parteischulen und autodidaktisch gebildeter Sozialdemokrat und Antifaschist wurde Genosse Miksch im Februar 1934 in das Anhaltelager Wöllersdorf und nach seiner Verurteilung am 7. Mai 1934 zur Strafverbüßung in die Strafanstalt Karlau gebracht. Am 11. Februar 1937 wieder festgenommen und in das Kreisgericht Wiener Neustadt gebracht, folgte nach ergebnislosem Verhör eine neuerliche Überstellung in das Anhaltelager Wöllersdorf, aus dem er auf Grund seiner klugen Verteidigung am 15. Juni 1937 entlas-sen wurde. Obwohl sich Genosse Miksch den Revolutionären Sozialisten anschloß, entging er einer Verfolgung des Naziregimes infolge frühzeitiger Einberufung zur Wehrmacht.

Nach seiner Heimkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft stellte sich Genosse Miksch der neuen SPÖ als Funktionär zur Verfügung. Als der jungen Zweiten Republik 1950 ein Staatsstreich drohte, stand unser Genosse Miksch führend in den Reihen der Eisenbahnergewerkschaft, um eine neuerliche Diktatur abzuwenden.

Genosse Heinrich Miksch war ein nie ruhender, stets eifriger, strebsamer, wißbegieriger, sozialer Mitmensch, der dem Grundsatz folgend "Bildung macht frei, Wissen ist Macht" lebte. Er lernte den Beruf eines Teppichwebers und Kaufmannes, trat in den Dienst der Österreichischen Bundesbahnen, wo er Prüfung an Prüfung reihte und als Oberinspektor in der Direktion der ÖBB seinen Dienst versah.

Genosse Miksch war Träger des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs sowie zahlreicher anderer Auszeichnungen. Er bleibt uns unvergessen.

### Aus dem **Wiener Landesverband**

Arbeitstagung des Landesverbandes. Mit Rücksicht darauf, daß im Laufe der Jahre vielfache Änderungen bei den Opferfürsorgereferenten eingetreten sind, hatte der Landesverband Wien alle Obmänner der Landesverbände und der Wiener Bezirksgruppen und deren Opferfürsorge-referenten sowie die Mitglieder des Wiener Landesvorstandes und Vertreter des Bundesvorstandes für Freitag, den 12. Oktober 1984, zu einer Arbeitstagung in das wunderschöne Bildungszentrum der Gewerkschaft der Privatangestellten in Velm bei Himberg, Niederösterreich, eingeladen. Da auch Vertreter des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und des Amtes der Wiener Landesregierung teilnahmen und alle Tagungsteilnehmer alle erforderlichen Unterlagen, wie die letzten Fassungen des Opferfürsorgegesetzes und Kriegsopferversorgungsgesetzes, Tabellen mit den Rentenleistungen nach dem OFG und der Einkommensrichtlinien erhielten, die wichtige Behelfe für ihre Beratungstätigkeiten sind, konnte ausführlich über alle Möglichkeiten des OFG und der darüber hinausgehenden Hilfen gesprochen werden.

Die zahlreichen Anfragen der Teilnehmer zeigten ihr großes Interesse, und abschließend war die einhellige Meinung, daß solche Informationen periodisch wiederholt werden müssen, und jeder einzelne Teilnehmer sehr viel profitiert hat, und damit die Beratungstätigkeiten viel effi-

zienter sein werden.

Einige Probleme bedürfen einer Lösung, und der Landesverband Wien wurde beauftragt, für eine Lösung im Wege der Arbeitsgemeinschaft einzutreten.

### Margareten

Margarete Schranz †. Am 12. August 1984 hat uns unsere Mitarbeiterin Genossin Grete Schranz, Mutter des Nationalratsabgeordneten Edgar Schranz, für immer verlassen. Sie war auch Mitarbeiterin im Bezirk, im Frauenkomitee, im Bildungsreferat und beim Pensionistenverband. Wir haben eine der Besten aus unseren Reihen ver-

Liebe Genossin Schranz, wir danken Dir für Deine Treue. Du wirst uns immer in Erinnerung bleiben. FreundErscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Über die laufende Entwicklung in Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern informiert das Bulletin der Chile-Solidaritätsfront:

### Solidarität mit Lateinamerika

Erscheint vierteljählich

Preis des Einzelheftes: 15 Schilling

Jahresabonnement:

50 Schilling

Zu bestellen bei: Chile-Solidaritätsfront, Postfach 60, 1205 Wien.

### Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 15. Jänner 1985

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

### Sprechstunden

### in unseren Wiener Bezirksgruppen

2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. u. 3. Mi.
15 bis 16 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b Jeden 1. Di.
17 bis 18 Uhr
5, Kohlgasse 27 Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden Di. 16 bis 18 Uhr
,,
8, Albertgasse 23 Jeden 1. Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 96 a Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 15 bis 16 Uhr
13, Wolkersbergenstr Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6
17, Kalvarienbergg. 28 a, 2. Stock.
(Arbeiterheim Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 (nach Vereinbarung)
19, Billrothstraße 34 Jeden 1. Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge (Nach tel. Vereinbarung: 36 42 79)
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Franz-Jonas-Platz 8 Jeden Di. 17 bis 18 Uhr
22, Donaufelder Str. 259 Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
23, Liesing, SPÖ-BezSekr., Klublokal
(Parterre),
BreitenfurterStr.360,Stg.1 Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

### in unseren Fachgruppen

#### Polizei

1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

### in unseren Landesverbänden

#### Niederösterreich:

Landesverband NO,	
Grillparzerstr. 14/III, Wien 1,	Jeden 1. Di.
Landesparteisekretariat	
Baden, Rathaus Traiskirchen,	Jeden 1. Mo.
F. Jirovetz, Sozialreferent	8 bis 9 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42/B/1,	Jeden 1. Do.
Sekretariat der Volkshilfe	17 bis 19 Uhr
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42	Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ	10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4,	Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ	9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7,	Jeden 1. Dienstag
Körnerhalle, Rauchsalon	9 bis 11 Uhr

#### **Burgenland:**

Eisenstadt, Permayerstraße 2,	
Bezirkssekretariat der SPÖ	Tägl. 9 bis 12 Uhr

### Kärnten:

Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,	
ÖGB-Haus,	Tägl. außer Sa.
I. Stock, Pensionistenverband	10 bis 12 Uhi

#### Oberösterreich:

Linz, Landstraße 36/I,	Jeden Mo. und Mi.
Zimmer 3	9 bis 11 Uhr
Steyr, Leopold-Werndl-Straße 10,	Jeden Do.
	15 bis 17 Uhr

### Salzburg:

Salzburg, Paris-Lodron-Straße	Jeden Di. und Fr.
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56	8 bis 12 Uhr

#### Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13,

Jeden 1. Mi.

Zimmer 17	18 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,	No. of the last of
Schillerstraße 22	
Kapfenberg, Volksheim	Jeden 2. Mi.
Wiener Straße, Zimmer 14	18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirks-	Jeden 1. Freitag
sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28	14 bis 16 Uhr